Stadt Erlangen

28.10.2026

Referat: OBM

Amt: 13-2

Niederschrift

Besprechung am:	07.10.2026	Beginn:	18:30 Uhr
Ort:	Büro für Bürgerbeteiligung und Ehrenamt Hauptstraße 48, Erlangen	Ende:	21:55 Uhr

Thema: 2. öffentliche Sitzung Stadtteilbeirat Innenstadt

Anwesende

Stadtteilbeirat:
Fr. Dr. Schorcht
Hr. Winkler
Fr. Siegler
Hr. Dr. Heydenreich
Fr. Simsek
Fr. Kiesbye
Hr. Gänsicke
Hr. Wintergerst
Hr. Gritzmann

Stadtrat/Betreuungsstadtrat:
Hr. Thurek
Hr. Dr. Leyk
Fr. Pfister
Hr. Guter
Hr. Szekely
Fr. Fischer

Verwaltung/Sonstige Institutionen:
Hr. Kohlmann/Projektentwicklungsteam
Fr. Maroke/Bürgermeister- und Presseamt

Entschuldigt

Verteiler

Alle Referate, Fachämter, Stadtteilbeiräte, Fraktionen

Hr. Schreiter/Erlanger Nachrichten

Bürger*innen:
ca. 7

Die Niederschrift beschränkt sich auf die Wiedergabe der wesentlichen Ergebnisse. Wenn innerhalb von acht Tagen nach Zusendung der Niederschrift keine Einwände erhoben werden, wird Einverständnis unterstellt.

Ergebnis:

TOP 1: Begrüßung und Vorstellung des Stadtteilbeirates

Die Vorsitzende, Frau Dr. Claudia Schorcht, eröffnet die 2. öffentliche Sitzung des Stadtteilbeirates Innenstadt im Jahr 2026.

Die Ladung erfolgte form- und fristgerecht. Die Tagesordnung wird verlesen, TOP 2 und 3 werden getauscht.

Die Vorsitzende erläutert, welche Aufgaben und Gestaltungsmöglichkeiten der Stadtteilbeirat hat. Außerdem stellen sich die Beiratsmitglieder vor.

TOP 3: Areal Altstadtmarktpassage / Kaufland

Herr Kohlmann, Projektentwicklungsteam Referat Planen und Bauen, stellt Auszüge der Machbarkeitsstudie zur Neuentwicklung des Areals Fuchsenwiese/Kaufland/ Altstadtmarktpassage durch die Schwarz Gruppe vor.

Nähere Informationen entnehmen Sie bitte der angehängten Präsentation.

Fragen des Beirats zur Präsentation betrafen vor allem den massiven Baumverlust, den die Machbarkeitsstudie ausweist, aber auch Detailfragen, die beim aktuellen Verhandlungs- und Planungsstand noch nicht beantwortet werden können. Aus dem Beirat kam der Hinweis, dass das Areal bis etwa 2015 schon einmal im Besitz der Schwarz Gruppe war und auch damals Pläne für eine Neuentwicklung des Areals diskutiert worden waren.

Außerdem wird zur Situation am Altstadtmarkt folgendes diskutiert:

Am Altstadtmarkt hat sich eine Trinkerszene etabliert, von der sich Anwohner*innen und Gewerbetreibende zunehmend beeinträchtigt fühlen. Die betroffenen Personen sind teilweise bereits am Nachmittag alkoholisiert und verhalten sich sehr laut und teilweise belästigend gegenüber Passant*innen. Auch das Kaufland hat sich über die Situation beschwert und berichtet, dass Kunden

ausbleiben. Im Zusammenhang mit dieser Entwicklung kam es zu verstärkten Polizeieinsätzen. Für den Zeitraum von Oktober 2025 bis Oktober 2026 wurden insgesamt sechs Einsätze verzeichnet.

Die Anwesenheit eines vom Eigentümer des Areals beauftragten Sicherheitsdienstes hat die Situation etwas beruhigt, allerdings sieht der Beirat keine gute Lösung der Problematik darin, diese Personengruppe nur von ihrem jeweils aktuellen Ort in der Stadt zu vertreiben, so dass sie sich den nächsten suchen, bis auch dort die Situation wieder eskaliert.

Das Sozialreferat und das Ordnungsamt wurden bereits auf die Situation aufmerksam gemacht. Nach Aussage von Frau Schorcht sieht das Sozialreferat derzeit keinen Handlungsbedarf. Seitens des Ordnungsamtes wird die geschilderte Situation bestätigt.

Die aktuelle Situation wird vom Beirat als unbefriedigend eingeschätzt. Es wird daher vorgeschlagen, erneut an das Ordnungsamt heranzutreten und um Auskunft zu bitten, welche Maßnahmen vorgesehen sind und welcher Handlungsleitfaden für vergleichbare Situationen besteht. Dabei soll insbesondere geklärt werden, ob mögliche Maßnahmen über die Zielgruppe der obdachlosen Menschen hinaus ausgeweitet werden können, um auch andere hilfebedürftige Personen zu erreichen. In diesem Zusammenhang wird gefragt, ob es Streetworker für solche Personengruppen gibt, und falls nicht, ob vorhandene Streetworker ihr Aufgabenfeld entsprechend erweitern könnten.

Frau Stadträtin Pfister erläutert, dass das Sozialamt bereits über ein Konzept zur Betreuung obdachloser Menschen verfügt. Die bestehenden Angebote seien jedoch sehr stark ausgelastet. Einen allgemeinen Sozialdienst für Erwachsene gibt es bei der Stadt bislang nicht; entsprechende Angebote bestehen lediglich für Familien. Ein solcher Sozialdienst wäre aus ihrer Sicht sinnvoll, sei jedoch in den kommenden Jahren voraussichtlich nicht zu erwarten. Aufgrund der bestehenden Rahmenbedingungen könnten derzeit keine größeren neuen Angebote aufgebaut werden.

Abschließend stellt sich die Frage, wie der Beirat mit der Situation weiter umgehen soll. Die genannten Informationen, insbesondere zu den Handlungsmöglichkeiten und vorgesehenen Maßnahmen des Ordnungsamtes sowie zur Erweiterung bestehender Unterstützungsangebote, sollen zunächst angefordert werden.

TOP 2: Gedenk- und Lernort Heil- und Pflegeanstalt Erlangen, Sachstandsbericht

Herr Scharnetzky, Herr Engelhardt und Herr Lutz berichten zur Entwicklung eines Gedenkortes und den weiteren Planungen zum Projekt.

1. Bericht von Thomas Engelhardt

Thomas Engelhardt leitet kurz ins Thema ein. (Siehe beigefügte Präsentation). Herr Scharnetzky, Koordinator des Gründungsbüros, sowie Herr Lutz ergänzen die Ausführungen.

- Das Gelände befindet sich im Eigentum des Universitätsklinikums.
- Ein Forschungsprojekt wurde in Zusammenarbeit mit dem Stadtarchiv durchgeführt.

2. Sachstand und Trägerstruktur – Herr Scharnetzky (Gründungsbüro)

Herr Scharnetzky bewertet die derzeit vorgesehene Lösung als einen guten Kompromiss. Die Gesamtkosten des Projekts werden auf rund 45 Millionen Euro geschätzt. Für die weitere Umsetzung sei ein langer Atem erforderlich.

Eine zentrale Aufgabe des Gründungsbüros besteht darin, die Machbarkeitsstudie kritisch zu prüfen und zu klären, welche der darin entwickelten Vorschläge rechtlich und organisatorisch umsetzbar sind. Die Studie sei inhaltlich stimmig; offen seien jedoch insbesondere die konkrete Organisationsform und der zeitliche Rahmen der Umsetzung.

Trägerstruktur und weitere Planung

- Bislang ist das Projekt an die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (FAU) angegliedert.
- Ziel ist es, eine tragfähige Trägerstruktur zu schaffen.
- Die Gründung einer Stiftung wird als kompliziert eingeschätzt. Daher wird stattdessen die Gründung eines Trägervereins angestrebt.
- Die hierfür erforderlichen sieben Institutionen stehen nach aktuellem Stand zur Verfügung.
- Die Satzung soll vom Freistaat Bayern übernommen werden.
- Die Gründung des Trägervereins ist für Anfang 2027 vorgesehen.

Inklusives Café

Die Einrichtung eines inklusiven Cafés wird grundsätzlich begrüßt. Da dieser Aspekt in der Machbarkeitsstudie bislang nicht untersucht wurde, müssten die Möglichkeiten und Voraussetzungen hierfür noch geprüft werden.

Zwischenausstellung

Am 10. Dezember soll eine Interimsausstellung in einem Teil des Gebäudes eröffnet werden. Sie soll einen ersten Zugang zur Auseinandersetzung mit dem Gebäude und dem Gelände ermöglichen und einen Einstieg in die weitere Arbeit am Ort schaffen.

Einbindung von Betroffenenverbänden und Aktualitätsbezug

Es wurde bereits Kontakt zu Betroffenenverbänden gesucht. Die ersten Kontakte bestanden mit dem ZSL.

Für die Entwicklung des Gedenkortes ist entscheidend, dass die historischen Themen einen Bezug zur Gegenwart erhalten. Der Ort müsse auch aktuelle Fragestellungen aufgreifen und die Perspektiven der betroffenen Menschen sichtbar machen.

Ziel sei es, einen neuen Weg zu gehen und einen Gedenkort zu schaffen, der über die Stadt Erlangen hinausstrahlt. Dabei sollen insbesondere folgende Aspekte berücksichtigt werden:

- stärkere Einbindung der Themen und Anliegen betroffener Menschen in der Gegenwart;
- Entwicklung eines zeitgemäßen Vermittlungs- und Ausstellungskonzepts;
- Herausarbeitung der besonderen Bedeutung des Ortes im bundesweiten Kontext;
- Sicherung der Finanzierung und aktive Auseinandersetzung mit den Herausforderungen bei der Einwerbung von Fördermitteln.

Der Aktualitätsbezug soll als wesentliches Merkmal des Projekts herausgestellt werden. Es wurde darauf hingewiesen, dass ein vergleichbares Konzept in Deutschland bislang nicht vorhanden sei, es aber eine ganze Reihe von Gedenkorten gibt, deren rein historische Bedeutung durchaus gewichtiger sei als die der Heil- und Pflegeanstalt Erlangen.

Beitrag von Herrn Lutz – Bürgerinitiative und Engagement

Herr Lutz berichtet über die Entwicklung der Bürgerinitiative, die seit 2017 besteht. Sie begann mit drei Personen. Im weiteren Verlauf wurde ein Aktionsbündnis gegründet, das die Anliegen der Bürgerinitiative vertritt.

Zu den bisherigen Aktivitäten zählen:

- Durchführung von Begehungen des Geländes;
- Organisation von Gedenkkundgebungen;
- Angebote zur Einbindung der Bürgerinnen und Bürger;
- Öffentlichkeitsarbeit, deren Bedeutung auch von der Presse gewürdigt wird.

Herr Lutz betont die Notwendigkeit, den Gedenkort zu erhalten. Das bisherige bürgerschaftliche Engagement soll dazu beitragen, die Bedeutung des Ortes dauerhaft im öffentlichen Bewusstsein zu verankern.

Ergänzung von Thomas Engelhardt – Denkmalschutz und Geschichtsvermittlung

Thomas Engelhardt weist darauf hin, dass sich auch der Heimat- und Geschichtsverein intensiv für den Denkmalschutz eingesetzt hat. In diesem Zusammenhang hat er Vorträge zur Geschichte und Bedeutung des Ortes gehalten.

Ein weiterer Vortrag ist für den 19. November an der Volkshochschule (VHS) angekündigt.

Auch betont er die Notwendigkeit, einen Bezug zur Gegenwart herzustellen und die historischen Inhalte mit aktuellen gesellschaftlichen Fragestellungen zu verbinden.

TOP 4: Parkplatz am kubic (Bepflanzung)

Frau Schorcht weist darauf hin, dass auf einer vorgesehenen Fläche ein Parkplatz mit rund 50 Stellplätzen entstehen soll, dessen Nutzung auf zehn Jahre angelegt ist. Kritisch sieht sie insbesondere die geplante Begrünung mit Bäumen, da sich die Frage stellt, ob sich entsprechende Baumpflanzungen für einen begrenzten Zeitraum eignen. Als Alternative schlägt sie nach Rücksprache mit Bianca Fuchs (LBV) die Bepflanzung mit Sträuchern und schnell wachsenden Gehölzen vor. Diese könnten ebenfalls zur Begrünung beitragen und Lebensräume für zahlreiche Tierarten schaffen, die sich dort vergleichsweise schnell ansiedeln könnten.

Es soll zunächst eine Anfrage gestellt werden, in der die Kosten für eine alternative Begrünung mit Hecken und Sträuchern den Kosten der bisher vorgesehenen Lösung gegenübergestellt werden. Den Beirat interessiert auch, welche Bäume in welcher Größe konkret angeschafft werden sollen, und wie mit ihnen im Falle einer Bebauung zu einem Zeitpunkt umgegangen wird, an dem sie unter Umständen die Kriterien der Baumschutzverordnung erfüllen und nicht mehr gefällt werden dürfen. Die Anfrage soll mit der Bitte um eine zeitnahe Beantwortung eingereicht werden. Stadtrat Paulus Guter wird die Anfrage zudem in den kommenden UVPA einbringen.

TOP 5: Reinigung Gerbereitunnel

Eine Reinigungsaktion des Gerbereitunnel soll am 24.10.2026 durchgeführt werden, da der Tunnel wieder stark beschmutzt ist. Helfer*innen sind jederzeit herzlich willkommen.

TOP 6: Parkraumkonzept Bohlenplatz

Im Zusammenhang mit der Anfrage einer Anwohnerin berichtet Herr Schmid, dass im Rahmen des Pilotprojekts eine Evaluierung der Auswirkungen auf die Anwohner*innen hätte erfolgen sollen. Nach Einschätzung der Anwohnerin hat sich die Parksituation für die Anwohnerschaft inzwischen verschlechtert. Daher wird die Frage aufgeworfen, ob eine Ausweitung des Mischparkens sinnvoll wäre.

Die Aufhebung der Trennung zwischen bewirtschaftetem Parken und Bewohnerparken war bereits ein Ergebnis des Pilotprojekts.

Aus der Sicht von Herrn Schmid lassen sich derzeit keine besonders negativen Auswirkungen für die Anwohnerschaft feststellen. Die Parkplatzsituation sei grundsätzlich angespannt, da stets zu wenige Stellplätze zur Verfügung stünden. Sollten sich Bürgerinnen und Bürger erneut mit entsprechenden Rückmeldungen melden, werde das Thema wieder aufgegriffen und beraten.

TOP 7: Streichung der Stadtteil- und Ortsbeiräte

Im Rahmen der Konsolidierungsmaßnahmen sind die Orts- und Stadtteilbeiräte aus Kostengründen zur Disposition gestellt. Die Ortsbeiräte haben hierzu bereits eine Stellungnahme formuliert. Frau Schorcht weist darauf hin, dass die Ortsbeiräte aufgrund ihrer historischen Entwicklung einen besonderen Stellenwert und ein eigenes Selbstverständnis haben. Während sie insbesondere die Interessen der ehemals eigenständigen Dörfer innerhalb der Stadt vertreten, wurden die Stadtteilbeiräte wesentlich später eingerichtet und befassen sich mit konkreten Sachthemen und Anliegen aus den jeweiligen Stadtteilen.

Die Abschaffung dieser Beteiligungsformate wäre aus der Sicht des Beirats kein gutes Zeichen, insbesondere in der aktuellen Zeit, in der Bürgerbeteiligung und eine funktionierende Kommunikation zwischen Stadtgesellschaft und Verwaltung von besonderer Bedeutung sind. Den organisatorischen und finanziellen Aufwand für die Arbeit der Beiräte schätzt der Beirat als vergleichsweise gering ein. Es wird vorgeschlagen, sich der bereits vorliegenden Stellungnahme der Ortsbeiräte anzuschließen.

Herr Gritzmann erkundigt sich nach der Stimmungslage in den anderen Beiräten. Er betont, dass die Arbeit der Beiräte wichtig sei und deren Bedeutung stärker nach außen kommuniziert werden sollte.

Der Innenstadtbeirat nimmt nochmals Kontakt zu den anderen Beiräten auf und entscheidet danach, ob er eine eigene Stellungnahme verfasst oder sich einer gemeinsamen Stellungnahme anschließt.

TOP 8: Sonstiges

Es wird über die geplante Ausrichtung und Nutzung der Social-Media-Auftritte des Stadtteilbeirats diskutiert. Dabei steht insbesondere die Frage nach der Intensität der Aktivitäten sowie die Auswahl relevanter Inhalte und der Accounts, denen der Beirat folgt, im Mittelpunkt.

Frau Schorcht spricht sich für eine gewisse Zurückhaltung aus. Bei einer Nutzung von Instagram sollten vor allem relevante Beiträge veröffentlicht und geteilt werden. Auch bei der Auswahl der Accounts, denen

der Beirat folgt, solle darauf geachtet werden, dass diese in einem inhaltlichen Zusammenhang mit der Arbeit des Beirats stehen.

Herr Gänsicke betont hingegen, dass insbesondere die Auswahl der Accounts, denen der Beirat folgt, für dessen Sichtbarkeit und Reichweite entscheidend sei. Die Stadt folge bereits zahlreichen Accounts. Daher stelle sich die Frage, weshalb der Stadtteilbeirat beispielsweise nicht auch Kneipen folgen solle, denen die Stadt ebenfalls folge. Es sei notwendig, mehr Accounts zu abonnieren, da der Beirat bislang nur wenig bekannt sei. Soziale Medien verbreiteten Inhalte häufig sehr schnell und könnten dadurch eine große Reichweite erzielen. Dies sollte für die Öffentlichkeitsarbeit des Beirats genutzt werden.

Herr Schmid spricht sich ebenfalls für eine aktivere Nutzung der sozialen Medien aus. Insbesondere Themen, die die Innenstadt betreffen, sollten regelmäßig aufgegriffen und geteilt werden.

Frau Simsek hebt hervor, dass Social Media auch dazu beitragen könne, ein Netzwerk aufzubauen und Kontakte zu Institutionen und Akteuren der Innenstadt zu knüpfen und zu pflegen.

Insgesamt wird deutlich, dass unterschiedliche Vorstellungen hinsichtlich der Intensität der Social-Media-Aktivitäten bestehen.

Abschließend wird auf den Termin der letzten Sitzung des Beirats in diesem Jahr hingewiesen. Sie findet am 2. Dezember um 18:30 Uhr im Büro für Bürgerbeteiligung und Ehrenamt, Hauptstraße 46, statt.

gez.	gez.
Dr. Claudia Schorcht	Yvonne Maroke
Vorsitzende Stadtteilbeirat Innenstadt	Bürgermeister- und Presseamt